

Antrag

der AfD-Fraktion

Korrektes Deutsch statt Wokismus - Genderverbot an Brandenburger Schulen und Kitas!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Gebrauch sämtlicher norm- und regelwidriger Sonderzeichen für die Kennzeichnung „geschlechtergerechter“, „geschlechtsneutraler“ oder „gendersensibler“ Sprache an den Schulen und Kitas zu untersagen.
2. ein entsprechendes Verbot auch für die Verwendung des generischen Femininums in der mündlichen und schriftlichen Form sowie für die Übertragung der Sonderzeichen in die mündliche Sprachverwendung durch den Glottisschlag auszusprechen.
3. das generische Maskulinum oder die Verwendung der Doppelform als normierten Standard eines regelkonformen (Schrift-)Sprachgebrauchs verbindlich vorzuschreiben.
4. die Schulen im Land Brandenburg anzuweisen, dass die regelwidrige Verwendung „geschlechtergerechter“ Sprache bei der Leistungsbewertung von schriftlichen Arbeiten, Lernerfolgskontrollen etc. in die Benotung der Schreibleistung ab dem Schuljahr 2025/2026 einzufließen hat.

Begründung:

Das Aneignen und das sichere Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift bilden ein wesentliches Element des gesellschaftlichen Zusammenhalts und gelten darüber hinaus - wie in allen anderen Ländern - als Ausdruck von Bildung und einer gemeinsamen, historisch wie kulturell gewachsenen Identität. Kinder und Jugendliche zu einem korrekten wie lebendigen Sprachgebrauch zu befähigen und ihnen die orthografischen und grammatikalischen Regeln bestmöglich zu vermitteln, gehört zum Kernauftrag von Schule und Lehrern aller Fachrichtungen, insbesondere im Primarbereich.

Dieser Auftrag wird jedoch mit dem Aufkommen und Gebrauch der „geschlechtergerechten“ Sprache konterkariert. Vertreter der Genderideologie lehnen bestehende Regeln, Normen und Konventionen jedweder Art als überholt ab und betrachten diese als lästiges Hindernis auf dem Weg zu einer neuen, restlos egalitär-emanzipatorischen Gesellschaft frei von Machthierarchien und vermeintlicher oder tatsächlicher Diskriminierung. Zur Umsetzung dieser gesellschaftspolitischen Utopie wird zunehmend in die historisch gewachsene Struktur der deutschen Sprache eingegriffen. Dieser Eingriff findet über das „Gendern“ statt, das sich neben freier Pronomenwahl, skurrilen Wortneuschöpfungen oder diversen ungrammatischen wie sinnentstellenden Partizipialkonstruktionen vor allem in der Verwendung unterschiedlicher Sonderzeichen (darunter Asterisk, Unterstrich, Kolon, Binnen-I) ausdrückt. Durch diese sollen bislang vermeintlich unsichtbare und benachteiligte gesellschaftliche Gruppen im Sprachgebrauch verankert und sichtbar gemacht werden.

Dass sich Ideologen zur Durchsetzung ihrer jeweiligen Ziele der Sprache bemächtigen und diese in ihrem Sinne formen, ist kein neues Phänomen und mit Blick auf die bekannte „Sapir-Whorf-Hypothese“ auch nur folgerichtig. In der radikalen Auslegung dieser Hypothese formt die Sprache nicht nur das Denken, sondern steuert es vollständig. Wenn die Sprache das Denken steuert und das Denken die Wahrnehmung der Wirklichkeit wesentlich beeinflusst, so könne auf diesem Wege die Wirklichkeit selbst, je nach Ziel, beliebig dekonstruiert bzw. konstruiert werden.

Demgemäß zielen auch die bewussten und in ihrer Wirkung äußerst disruptiven Eingriffe in Grammatik und Wortschatz im Zuge des „Genderns“ also zunächst auf die gewünschte Manipulation bestehender Denkmuster ab. Kurz- und mittelfristig lässt sich die eigentliche gesellschaftspolitische Vision über Sprachmanipulation allein zwar nicht herbeiführen; das angestrebte Ziel einer veränderten Wirklichkeit aber wird allein durch den transformierten Sprech- und Schreibakt faktisch vorweggenommen und in der Gegenwart simuliert, obwohl dieser Idealzustand (noch) nicht existiert.

Neben der ideologischen Komponente erfüllt die „Gender“-Sprache noch weitere Funktionen: als gemeinsames Erkennungszeichen für eine angeblich „progressive“ und vor allem moralisch überlegene Geisteshaltung und gleichzeitig als Instrument zur Disziplinierung all jener, die auch weiterhin an sprachlichen Regeln und Gewohnheiten festhalten und damit aus Sicht der „Gender“-Befürworter den Beweis erbringen, dem „alten Denken“ anzuhängen und den linken Zukunftszielen ablehnend gegenüberzustehen. Auf diese Weise konnte Kritik an der „Gender“-Sprache bis heute, wenn auch mit schwindendem Erfolg, leicht als „illiberal“, „rückständig“, „intolerant“, „queerfeindlich“ oder als „rechtsaußen“ stigmatisiert werden.¹

¹ Für Beispiele vgl. u. a.: Franca Bauernfeind: „Ich bin konservativ und will nicht gendern - prompt bin ich die ‚Nazi-Schlampe‘“, in: Focus Online v. 03.04.2024, https://www.focus.de/panorama/kolumne-von-franca-bauernfeind-ich-bin-konservativ-und-will-nicht-gendern-prompt-bin-ich-die-nazi-schlampe_id_259813923.html, letzter Aufruf: 21.02.2025; „Pädagogische Freiheit unzulässig eingeschränkt: Antidiskriminierungsstelle hält Genderverbote (auch) in Schulen für rechtswidrig“, in: news4teachers v. 14.05.2024, <https://www.news4teachers.de/2024/05/paedagogische-freiheit-unzulaessig-ingeschraenkt-antidiskriminierungsstelle-haelt-genderverbote-auch-in-schulen-fuer-rechtswidrig/>, letzter Zugriff: 21.02.2025; Tim Schröder: „Wenn ich auf korrektes Deutsch poche, werde ich an der Uni als rechts bezeichnet“, in: Welt Online v. 19.02.2025, <https://www.welt.de/kultur/plus255273428/Bildung-Wenn-ich-auf-korrekte-Grammatik-poche-werde-ich-an-der-Uni-als-rechts-bezeichnet.html>, letzter Aufruf: 21.02.2025.

Dass sich bei der Durchsetzung des „Gender“-Sprachexperiments vor allem auf Schulen, Hochschulen und Universitäten konzentriert wird, ist perfide, aber kaum überraschend; denn schließlich haben junge Erwachsene, Jugendliche, vor allem aber Kinder im Grundschulalter die deutsche Sprache und die ihr zugrundeliegenden Regeln erst noch zu erlernen bzw. zu verinnerlichen. Sie sind daher anders als Erwachsene in sprachlich-kognitiver Hinsicht wesentlich stärker beeinflussbar und „formbar“ - insbesondere dann, wenn sie von Anfang an und kontinuierlich mit „geschlechtergerechter“ Sprache konfrontiert werden.

Weil die „Gender“-Sprache integraler Bestandteil einer Ideologie ist, müsste sie allein aus diesem Grund unverzüglich aus den Schulen verbannt werden. Sie ist aber auch rein auf der sprachlichen Ebene betrachtet hochproblematisch; einerseits, da ihr - ob beabsichtigt oder nicht - keinerlei innere Logik und Systematik innewohnt und auch keine einheitlichen Regeln existieren; andererseits, weil die jeweilig genutzten Sonder- und Wortbinnenzeichen den Satzbau empfindlich stören. Dies führt beim mündlichen wie schriftlichen Gebrauch der „Gender“-Sprache zu einem unlesbaren, unverständlichen sowie kaum artikulierbaren und gänzlich unästhetischen „Rumpfdeutsch“, dessen natürlicher Textfluss und Sprechrhythmus weitgehend aufgehoben sind. Dies und die Regellosigkeit erschweren nicht nur das Erlernen der deutschen Sprache allgemein, sondern stellen insbesondere für Grundschüler sowie für Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen ein gravierendes Lernhindernis dar.

Die Einschätzung, dass es sich bei der „Gender“-Sprache um ein vollkommen unnatürliches, regelloses und regelwidriges Konstrukt handelt, wird auch vom Rat für deutsche Rechtschreibung geteilt: In der aktualisierten Fassung des Amtlichen Regelwerks, das seit dem 1. Juli 2024 auch in Schulen verbindlich anzuwenden ist, wurde zum wiederholten Male die eindeutige Feststellung getroffen, dass die Sonder- und Wortbinnenzeichen „geschlechtergerechter“ Sprache ausdrücklich „nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie“² gehören und damit regelwidrig sind.

Wenn die tatsächlichen oder selbsternannten Vertreter der politisch, gesellschaftlich und kulturell tonangebenden Elite - darunter der überwiegende Teil der Medien sowie ein Großteil der „Kulturschaffenden“ oder auch die „Zivilgesellschaft“ - dessen ungeachtet weiterhin „gendern“, so wird dadurch lediglich suggeriert, es handle sich dabei um eine Sprech- und Schreibweise, die mehrheitlich gewünscht wird. Tatsächlich handelt es sich bei den „Gender“-Befürwortern, gemessen an der Gesamtbevölkerung, lediglich um eine kleine, wenngleich lautstarke und radikale Minderheit, die ihre ehemalige Deutungshoheit über die Frage, welche Sprech- und Schreibweise akzeptabel, (politisch) korrekt und als einziger Standard zu akzeptieren ist, weitestgehend eingebüßt hat. Der übergroße Anteil der Deutschen aber - laut einer repräsentativen Studie des Meinungsforschungsinstituts Civey ganze 80 %³ - lehnt das „Gendern“ in jedweder Form ab und fühlt sich von „geschlechtergerechter Sprache“ zunehmend belästigt und gegängelt.

² Vgl. Pressemitteilung des Rats für deutsche Rechtschreibung v. 03.07.2024, <https://www.rechtschreibrat.com/amtliche-deutsche-rechtschreibung-ueberarbeitetes-regelwerk-und-neufassung-woerterverzeichnis-fuer-schule-und-verwaltung-verbindlich/>, letzter Aufruf: 21.02.2025.

³ Vgl. die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey für t-online: „Exklusive Umfrage: Das denken die Deutschen übers Gendern“, in: t-online v. 06.12.2023, https://www.t-online.de/nachrichten/panorama/id_100297052/gendern-80-prozent-der-deutschen-lehnen-es-ab-exklusive-t-online-umfrage.html, letzter Aufruf: 21.02.2025.

Selbst unter den im Rahmen der 19. „Shell Jugendstudie 2024“ befragten 2 509 12- bis 25-Jährigen lehnt eine Mehrheit von 42 % das „Gendern“ völlig oder eher ab.⁴

Angesichts der offenkundig ideologischen Stoßrichtung, die mit dem „Gendern“ verfolgt wird, des Stimmungsbildes in der Bevölkerung und zur Vermeidung eines weiteren Verfalls der Rechtschreibkenntnisse, insbesondere unter Schülern in der Primarstufe⁵, ist ein allgemeines Genderverbot an Schulen sowie an Kindertagesstätten unvermeidlich und überfällig.

Die Landesregierung wird daher dazu aufgefordert, endlich Maßnahmen zu ergreifen, um den Gebrauch der sogenannten geschlechtergerechten Sprache in jedweder Erscheinungsform in den Bildungseinrichtungen des Landes Brandenburg zu untersagen und sicherzustellen, dass die Einheitlichkeit, die Verständlichkeit und die Erlernbarkeit unserer Muttersprache von Anfang an gewährleistet werden.

⁴ Zusammenfassung der 19. „Shell Jugendstudie 2024“, S. 22, abrufbar unter: https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study-2024/_jcr_content/root/main/section/simple/call_to_action/links/item0.stream/1730903501282/d8b545435fc2799eb6044e48b4a9fcc80b95b2d/ap-shell-jugendstudie-zusammenfassung-barrierefrei.pdf, letzter Aufruf: 21.02.2025.

⁵ Hier sei auf das desaströse Abschneiden Brandenburger Viertklässler im IQB-Bildungstrend 2021 verwiesen, wonach 45,7 % nicht einmal mehr den Mindeststandard im Kompetenzbereich Orthografie erreichen (2016: 23,2 %). Vgl. P. Stanat, R. Schneider, K. A. Sachse et al. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2021. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich, Münster 2022, S. 63-65.